

# Literaturbericht

Martin Schultze

## Parteiidentifikation trotz kognitiver Mobilisierung\*

### 1. Parteiidentifikation: Ein kontroverses Konzept in der amerikanischen Wahlforschung

Parteiidentifikation ist in der empirischen Wahlforschung ein allgegenwärtiges Konzept. Die mannigfältigen Diskussionen um die *wichtigste Errungenschaft der Wahlforschung* (Green/Palmquist/Schickler 2002) erstrecken sich dabei von der Messung der Parteiidentifikation und ihrer Stabilität bis hin zu der Funktion, Bedeutung und weiteren theoretischen Fundierung des Konzepts angesichts der Prozesse sozialen Wandels, insbesondere der Beobachtung des Abschmelzens von Parteibindungen in westlichen Demokratien.

Erstmals wurde Parteiidentifikation systematisch in der Studie *The Voter Decides* im Rahmen der Analyse zu den US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen 1952 zwischen Stevenson und Eisenhower von einer Forschergruppe um Angus Campbell an der University of Michigan in Ann Arbor als Konzept eingeführt (Campbell/Gurin/Miller 1971). Dabei wird Parteiidentifikation als psychologische Bindung (Key 1964) an eine Partei – ähnlich religiöser Orientierungen – verstanden. Parteien sind in diesem Sinne soziale Großgruppen, zu denen man sich zugehörig fühlen kann (Miller/Shanks 1996: 120). Eine solche psychologische Parteimitgliedschaft ist dabei ausdrücklich nicht an eine tatsächliche Mitgliedschaft in einer Partei gekoppelt (Campbell/Gurin/Miller 1971: 88 ff.). Zum Erwerb der Parteiidentifikation verweisen die Autoren auf die Primärsozialisation einer Person und den elterlichen Einfluss auf die Weitergabe von demokratischen oder republikanischen Parteipräferenzen:

\* Ich danke Melissa Schiefer für ihre Hilfe bei der Erstellung des Manuskripts sowie Stefan Marschall für seine wertvollen Hinweise.

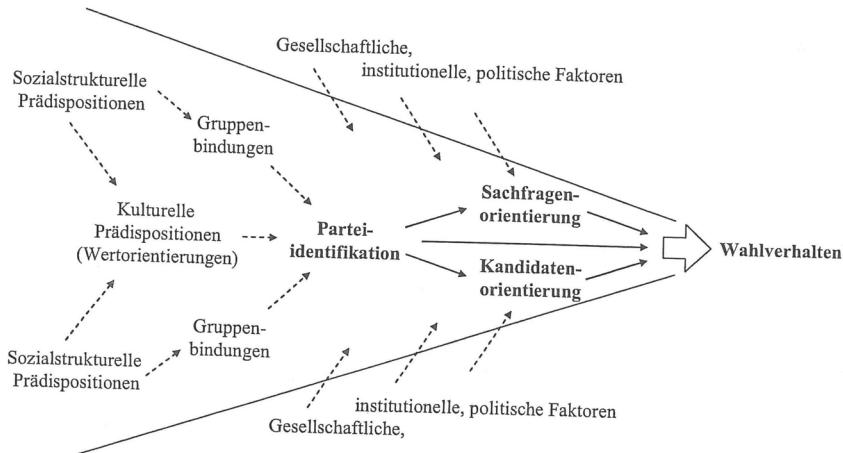
„Those people who remember both their parents as preferring one of the two parties tend strongly to prefer that party themselves. When parental partisanship was reported as mixed or unknown, the identification of the offspring was more evenly divided.“ (ebd.: 98)

Obwohl Parteiidentifikation – wie in *The Voter Decides* angedeutet – in einer frühen Phase sozialisiert wird und damit tendenziell ein schwer veränderbarer Faktor sein sollte, wird sie in dieser Studie zunächst als analytisch gleichrangig mit den kurzfristig änderbaren Einstellungen zu Sachfragen sowie Kandidaten behandelt und Wechselwirkungen zwischen diesen Größen werden postuliert (Schoen/Weins 2005: 193). Vor allem diese analytische Nähe der Parteiidentifikation zu anderen Einstellungen, aber auch eine fehlende theoretische Fundierung des Konzepts in *The Voter Decides* führte zunächst zu vielfältiger Kritik. So stellt beispielsweise Rossi die Aussagekraft des auch als Michigan-Modell oder sozialpsychologischer Ansatz bezeichneten Konzepts mit der Determinantentrias Parteiidentifikation, Sachfragen- sowie Kandidatenorientierungen infrage, da es nur Variablen beinhaltet, die inhaltlich sehr nahe an der eigentlichen Wahlentscheidung liegen. Damit bietet das Modell zwar eine statistisch hohe Erklärungsleistung, aber nur geringe inhaltliche Aussagekraft – denn die Frage, wie diese Faktoren sich wiederum ausbilden, bleibt unbeantwortet (Rossi 1959: 41). Ähnliche Kritik kommt von Budge/Crewe/Farlie (1976): Sie kritisieren, dass mit dem Konzept der Parteiidentifikation aus *The Voter Decides* die konzeptionellen Unterschiede zur Wahlentscheidung gering seien: „And was party identification itself not simply the same thing as consistent voting for the same party?“ (5)

Viel von dieser Kritik ist in der Reformulierung des sozialpsychologischen Ansatzes in *The American Voter* mit der Einführung des „funnel of causality“ (Campbell u. a. 1960: 24 ff.) berücksichtigt worden (vgl. Abb. 1).

Campbell u. a. nutzen den Trichter als Metapher, um zu zeigen, dass eine Vielzahl an Einflüssen vermittelt auf das Wahlverhalten einwirken, die sozialpsychologischen Determinanten an der Mündung des Trichters aber die zeitlich am nächststehenden Faktoren sind. Diese werden wiederum von sozialstrukturellen Prädispositionen und Wertorientierungen vorgeprägt. Des Weiteren wirken gesellschaftliche, institutionelle und politische Faktoren als Kontexteffekte auf die Faktoren des sozialpsychologischen Modells. Ihrer Forschungsstrategie folgend, die Wahlentscheidung mit möglichst wenigen Variablen gut zu erklären (1960: 33), fokussieren Campbell u. a. sich auf die bekannte Determinantentrias zur Erklärung des Wahlverhaltens. In Anlehnung an Lewins Feldtheorie (1951) werden laut der Forschergruppe aus Michigan die vorgelagerten Einflüsse an der Mündung des Trichters

Abbildung 1: Funnel of causality im sozialpsychologischen Ansatz



Quelle: Kellermann 2008: 34 in Anlehnung an Campbell u. a. 1960.

ausschließlich von der Parteiidentifikation aufgenommen und müssen demzufolge für die Erklärung des Wahlverhaltens nicht eigens berücksichtigt werden (Schoen/Weins 2005: 194).

Die Ausbildung einer Parteiidentifikation stellt feldtheoretisch demnach ein Surrogat vorgelagerter Faktoren im Kausalitätstrichter dar, das die Erhebung komplizierter Sozialisationsereignisse überflüssig macht, denn:

„The field-theoretical alternative is to measure party identification at the current time, on the assumption that this is the perfect distillation of all events in the individual's life history that have born upon the way in which he relates himself to a political party“ (Campbell u. a. 1960: 34).

Damit ist Parteiidentifikation ein generalisierter Faktor aus Sozialisationserfahrungen und sollte sich mit zunehmendem Alter in seiner Intensität verfestigen (Converse 1969; Roth 2008: 37). Die Reformulierung der Parteiidentifikation als langfristig stabiler, der Kandidaten- und Sachfragenorientierung nunmehr vorgelagerter und sie auch prägender Faktor führt dazu, dass die langfristige Bindung an eine Partei auch analytisch eine dominante Stellung in *The American Voter* einnimmt (Kellermann 2008: 36). Es ist vor allem diese Version des sozialpsychologischen Ansatzes, die später Grundlage für weitere Diskussionen und Anknüpfungspunkte ist und die zur Normalwahlanalyse herangezogen wird (Converse 1967). Dabei wirkt Parteiidentifikation auf diese kurzfristigen Faktoren in Form

eines Wahrnehmungsfilters, der Sachfragen- und Kandidatenorientierungen gemäß der Parteiidentifikation einzufärben vermag. Demnach erscheinen die inhaltlichen Angebote der Partei sowie ihr Spaltenpersonal positiver, wenn eine starke Identifikation mit dieser Partei besteht (Schoen/Weins 2005: 196). Die Parteiidentifikation wird somit auch interpretiert als ein Hilfsmittel zur Komplexitätsreduktion für den einzelnen Bürger, ein *information shortcut* für die politische Welt, um Informationskosten vor anstehenden Wahlen zu senken und Einstellungskonsistenz zu den kurzfristigen Faktoren herzustellen. Lewis-Beck u. a. vergleichen Parteiidentifikation mit „brand loyalty“ bei Kaufentscheidungen (2008: 426). Diese ermöglicht es Konsumenten, aufgrund ihrer Markenbindung fortlaufend zeit- und kostensparende Entscheidungen zu treffen, bis sie schlechte Erfahrungen machen und ihre Markentreue überdenken.

Trotz theoretischer Umdeutung und anderer Kausalanordnung der Parteiidentifikation haben sich daraus bemerkenswerterweise keine Veränderungen in der Messtheorie ergeben. Wie in *The Voter Decides* wird Parteiidentifikation in *The American Voter* in einem dreistufigen Verfahren gemessen (Campbell u. a. 1960: 122 f.). Zunächst wird folgende Frage gestellt: „Generally speaking, do you usually think of yourself as a Republican, a Democrat, an Independent, or what?“ (Campbell/Gurin/Miller 1971: 90; Campbell u. a. 1960: 122) Die Frage zielt dabei auf die psychologische Identität einer Person ab (“think of yourself”) und unterstreicht zweimal die Langfristigkeit einer solchen Bindung („generally speaking“; „usually“) (Thomassen/Rosema 2009: 45). Anschließend wird die Stärke dieser Bindung abgefragt. Die Antworten aus den Fragen werden durch Kombination in eine siebenstufige Messung der Parteiidentifikation mit den Ausprägungen „strong Republican – weak Republican – independent Republican – Independent – independent Democrat – weak Democrat – strong Democrat“ überführt (Campbell/Gurin/Miller 1971: 90 ff.; Campbell u. a. 1960: 123 ff.).

Durch die Form der bipolaren Messung unterstellen die Autoren, dass es sich um ein eindimensionales Konzept handelt, das heißt dass ein Befragter sich nur mit einer der beiden Parteien identifizieren kann und Unabhängige in der Mitte der Skala angesiedelt sind (Schoen/Weins 2005: 191). Diese Vorgehensweise ist bis in die Gegenwart in den amerikanischen Wahlstudien unverändert geblieben (Lewis-Beck u. a. 2008: 128). Gleichzeitig hat das sozialpsychologische Modell insgesamt eine Vielzahl an weiteren Diskussionen hervorgerufen (zusammenfassend Asher 1983; Fiorina 2002). Insbesondere der Stellenwert der Parteiidentifikation sowie alternative kausale Beziehungen zwischen den Konstrukten des sozialpsychologischen Modells waren Gegenstand empirischer Untersuchungen (Miller u. a. 1976; Page/Jones 1979; Markus/Converse 1979; Fiorina 1981; Miller/Shanks 1996). Weiterhin

wurde vorgeschlagen, Parteiidentifikation als latentes Konstrukt aufzufassen, um Messfehler zu reduzieren (Asher 1983; Green/Schickler 1993; Green/Palmquist 1994).

## 2. Die Übertragbarkeit des Konzepts auf Deutschland: Stabilität oder Dynamik von Parteiidentifikation?

Außerhalb der USA stellte sich darüber hinaus die Frage, ob das Konzept der Parteiidentifikation überhaupt auf westeuropäische Parteiensysteme und damit auch auf die Bundesrepublik übertragbar sei. Zum einen wurde argumentiert, dass in den meisten europäischen Ländern die Identifikationskomponente der Parteiidentifikation weniger funktional sei, da als Alternative häufig auch cleavage-basiertes Wahlverhalten<sup>1</sup> für die Angehörigen einer Klasse eine Orientierungsoption darstellt (Shively 1979). In diesem Fall erfolgt die Komplexitätsreduktion, die ansonsten die Parteiidentifikation zu leisten vermag, über die sozialstrukturelle Verankerung einer Person mit der Partei, die ihre Klasseninteressen vertritt.

Eine konträre Sichtweise besteht hingegen darin, in europäischen Demokratien der Parteiidentifikation sogar einen größeren Stellenwert einzuräumen als in den USA. Demnach sind in den meisten Ländern Westeuropas wegen ihres parlamentarischen Systems Parteien für die Wähler wichtiger als im personenzentrierten amerikanischen Wahlsystem, da diese die wichtigsten intermediären Akteure zwischen Bürgern und dem politischen System darstellen (Thomassen/Rosema 2009: 54). Dieser Ansicht folgend stellt sich die Frage nach einer funktional äquivalenten Messung der Parteiidentifikation in diesen europäischen Mehrparteiensystemen, die nicht einfach aus dem US-amerikanischen übertragbar ist. In Deutschland zielt beispielsweise die Frage nach der Selbstzuschreibung als Christ- oder Sozialdemokrat eher auf die Parteimitgliedschaft ab und nicht auf eine langfristige Parteiloalität (Ohr/Quandt 2012: 183). Außerdem scheidet die Möglichkeit der bipolaren Messung aufgrund der Anzahl an Parteien aus.

In der deutschen Wahlforschung hat es seit den 1960er Jahren Diskussionen um die Übertragbarkeit der Parteiidentifikation und einer ihr adäquaten Messung gegeben (Berger 1973, 1977; Falter 1977; Norpoth 1978, 1984; Falter/Schoen/Cabalero 2000), in deren Verlauf sich folgende Frage zur Messung der Parteiidentifikation als valides Messinstrument herauskristallisiert hat:

<sup>1</sup> Dass sozialstrukturelle Bindungen nach wie vor einen Erklärungsbeitrag zum Wahlverhalten in Deutschland liefern, zeigen Arzheimer/Schoen 2007; Debus 2010; Elff/Roßteutscher 2009, 2011; Roßteutscher 2012 und Walter/Klein 2012.

„In Deutschland neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Wenn ja, welcher?“

Im Wortlaut der Frage wird recht deutlich die Langfristigkeit der Bindung angesprochen, die Identitätskomponente aber, anders als in den USA, weniger deutlich akzentuiert (Ohr/Quandt 2012: 183). Bekundet der Respondent eine Neigung zu einer Partei, wird in darauf folgenden Fragen die Stärke und Dauer der Parteiidentifikation abgefragt. Dabei ist der empirisch zu prüfende Nachweis einer gewissen intraindividuellen Stabilität der Parteiidentifikation im Zeitverlauf eine inhärente Bedingung des Konzepts, die sich auch in der Frageformulierung wiederfindet („längere Zeit“) und die erst die herausgehobene Stellung der Parteiidentifikation im Michigan-Modell rechtfertigt.

Die wohl bekannteste Argumentation, den zentralen Stellenwert der Parteiidentifikation zur Erklärung des Wahlverhaltens zugunsten kurzfristiger Faktoren infolge eines beobachtbaren Dealignment-Prozesses zu revidieren, stammt von Russell J. Dalton. Dealignment bedeutet, dass in den meisten westlichen Industrieländern ein Abschmelzen von Parteibindungen im Aggregat zu beobachten ist und sich auch die Intensität der Bindung bei den verbleibenden Parteianhängern abschwächt (Dalton 1984; Dalton/Wattenberg 2000; Dalton 2007). Für die Erklärung von Wahlverhalten, insbesondere der gestiegenen Volatilität des Elektorats, werden demnach kurzfristige Faktoren wie Kandidaten oder Sachfragen (*weak ties*) anstelle von Parteiidentifikation oder sozialstrukturellen Bindungen (*strong ties*) wichtiger (Dalton/Bürklin 2003; Arzheimer 2006). Auch für Deutschland findet sich ein solcher Trend des Abschmelzens von Parteibindungen auf der Makroebene, der aber allenfalls als moderat einzuschätzen ist: So ist zwischen den 1970er und den 1990er Jahren der Anteil der Personen mit Parteiidentifikation von 80% auf 60% in Westdeutschland gesunken und verharrt seither auf diesem Niveau. In den neuen Bundesländern liegt der Anteil nochmals 10 Prozentpunkte niedriger (Ohr/Quandt 2012: 185). Die Mehrzahl der Bundesbürger – und vor allem derjenigen, die von ihrem Wahlrecht auch Gebrauch machen – identifizieren sich aber nach wie vor mit einer Partei (Schmitt-Beck 2011). Das leichte Abschmelzen von Parteibindungen im Aggregat erlaubt weiterhin noch keine Aussage über die Stabilität der Parteiidentifikation auf der individuellen Ebene. So wäre es möglich, dass der Anteil der Parteibindungen auf der Makroebene zwar nur leicht abnimmt, tatsächlich aber auf der Individual-ebene deutlich größere Wechsel von Parteiloialitäten stattfinden.

Dass die individuellen Bindungen an eine Partei nicht in Stein gemeißelt sind, zeigen Schmitt-Beck/Weick/Christoph (2006). Basierend auf den Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) untersuchen sie die individuelle Stabilität der Parteiidentifikation für Westdeutschland von 1984 bis 2001.<sup>2</sup> Dabei behalten nur knapp 25% der Befragten über die 18 Jahre hinweg ihre Parteiidentifikation. Die durchschnittliche Anzahl an Wechseln beträgt 4,7. Die meisten Wechsel sind weiterhin keine direkten von einer Parteibindung zur anderen, sondern bestehen in der (zeitweisen) Aufgabe einer Bindung (585 ff.). Dabei spielt die Dauer eine wichtige Rolle: „After five years of constantly identifying with the same party, the risk of giving up one's alignment is merely a fourth or a fifth of the risk in the first year.“ (ebd.: 594 f.) Persönliche Umstände wie Arbeitslosigkeit, Heirat oder Kindererziehung haben dabei ebenfalls Einfluss auf den Ab- oder Aufbau einer Parteibindung (ebd.: 592). Sozialstrukturelle Größen wie im *funnel of causality* dargestellt sind also durchaus in der Lage, Parteiidentifikation im Lebensverlauf auch wieder zu verändern.<sup>3</sup>

Weitere empirische Befunde mit Individualdaten kommen allerdings zu anderen Ergebnissen bezüglich der Stabilität von Parteibindungen in Deutschland. Arzheimer und Schoen beispielsweise, die ebenfalls Daten des Sozioökonomischen Panels nutzen und eine *Latent Transition Analysis* durchführen, gelangen zu folgenden Schlussfolgerungen:

„Fasst man die bisherigen Ergebnisse zusammen, so lässt sich festhalten, dass Parteiidentifikationen in Deutschland im Einklang mit den theoretischen Annahmen von Campbell et al. weitaus stabiler sind, als häufig angenommen wird. Zweifel an der Dauerhaftigkeit derartiger Bindungen lassen sich deshalb zu einem großen Teil auf Messprobleme zurückführen.“ (Arzheimer/Schoen 2005: 644)

Daher scheint es gerechtfertigt, der Parteiidentifikation innerhalb des Michigan-Modells, wie im *funnel of causality* dargestellt, einen gegenüber den Kurzfristfaktoren der Sachfragen- und Kandidatenorientierung kausal vorgelagerten Status in Deutschland einzuräumen (Falter/Schoen/Caballero 2000: 265) und dabei gleichwohl im Blick zu behalten, dass es sich um einen relativ stabilen, aber nicht unveränderbaren Faktor handelt. Die Befunde, die für eine Stabilität der Parteibindungen

2 Für ähnliche Befunde siehe Neundorf/Stegmüller/Scotto 2011, differenzierter Kroh/Selb 2009.

3 Hingegen ist die Vorstellung, dass Parteiidentifikation von der retrospektiven Sachfragen- und Kandidatenorientierung abhängt, wie Fiorina für die USA postulierte (1981), nicht mit dem Kausalitätsstrichter vereinbar, sondern eher angelehnt an das Ursprungsmodell in *The Voter Decides* mit der analytischen Gleichrangigkeit der Determinantrias und ihren Wechselwirkungen.

sprechen, geben allerdings noch keinen Aufschluss darüber, inwiefern sich möglicherweise durch Prozesse des sozialen Wandels die inhaltliche Komponente der Parteiidentifikation als affektive psychologische Bindung gewandelt hat.

### **3. Parteiidentifikation und kognitive Mobilisierung: Mobilisierung oder Involverung?**

Die Theorie kognitiver Mobilisierung Daltons (1984, 2007) bietet eine Erklärung für den Dealignment-Prozess sowie Anstöße für einen inhaltlichen Bedeutungswandel der Parteiidentifikation. Unter kognitiv hoch mobilisierten Bürgern versteht Dalton dabei solche, die sowohl formal hoch gebildet als auch stark politisch interessiert sind (Dalton 1984: 267).<sup>4</sup> Mit dem Charakteristikum der Parteiidentifikation entwirft Dalton hieraus eine Mobilisierungstypologie: Weisen hoch Mobilisierte eine starke Parteiidentifikation auf, werden sie als „kognitive Parteianhänger“, bei keiner oder schwacher Parteineigung als „apartisans“ (neue Unabhängige) bezeichnet. Personen mit niedriger Bildung und politischem Interesse werden bei starker Parteineigung als „rituelle Parteianhänger“, ohne oder bei schwacher Parteineigung als „Unpolitische“ ausgewiesen (ders. 2007: 276 ff.).

Die Analysen von Dalton, wonach die Gruppe der *neuen Unabhängigen* im Zeitverlauf von Mitte der 1960er bzw. 1970er Jahre bis in die Gegenwart in den USA respektive in Deutschland immer größer wird (ders. 2012 a, 2012 b), bietet eine positiv ausgelegte Erklärung für das Dealignment. Die abnehmenden Parteibindungen sind demnach zumindest partiell kein Ausdruck von stärker werdender Politikverdrossenheit, sondern erklärbar durch Vergrößerung einer Gruppe von Bürgern, die politisch interessiert sind, aber keine Parteiloyalität haben. Kognitiv hoch mobilisierte Bürger – so die Argumentation der *Mobilisierungsthese* – sind nicht mehr auf die Orientierungsangebote der politischen Parteien angewiesen, sondern informieren sich in den ausgebreiteten und ausdifferenzierten Massenmedien (ders. 2007).<sup>5</sup> Die Rolle der Parteiidentifikation als *information shortcut* zur Komplexitätsreduktion für die Politik sollte daher für diese Gruppe keine oder kaum noch Bedeutung haben. Als Ergebnis postuliert die Mobilisierungsthese daher einen negativen Zusammenhang: Mit hohem politischen Interesse und hoher formaler Bil-

- 4 Eine alternative Operationalisierung von kognitiver Mobilisierung, die anstatt auf politischem Interesse auf politischem Wissen beruht, findet sich bei Kuan/Lau 2002.
- 5 In diesem Zusammenhang wurde von Schulz (2012) zurecht kritisiert, dass die breitere Verfügbarkeit von Massenmedien als Element kognitiver Mobilisierung dabei häufig als Kontexteffekt vorausgesetzt wird, anstelle sie in multivariaten Analysemethoden angemessen zu berücksichtigen.

dung sollte die Wahrscheinlichkeit geringer sein, eine Parteibindung zu besitzen oder falls vorhanden, sollte zumindest ihre Stärke gering sein.

Eine konträr dazu liegende These, die einen positiven Zusammenhang zwischen kognitiver Mobilisierung und Parteibindung postuliert, formulieren Ohr/Quandt/Dülmer (2005) in Anlehnung an Lazarsfeld/Berelson/Gaudet (1948) mit der *Involvierungsthese*. Politisch involvierte Personen suchen demnach häufiger nach politischen Informationen. Obwohl sie diese Informationen aufgrund ihrer Erfahrung besser auswerten können als politisch nicht Interessierte, erwachsen aus dem besseren Informationsstand neue Probleme (Ohr/Quandt/Dülmer 2005: 441), denn:

„Mehr Informationen bedeuten auch oft mehr Abwägungsbedarf und möglicherweise mehr Aufmerksamkeit für Widersprüche und Zielkonflikte in den politischen Angeboten. Mit steigender kognitiver Mobilisierung könnte es also erforderlich werden, die wahrgenommene Komplexität zu mindern oder beherrschbar zu halten. Die Bindung an eine Partei könnte eine plausible Möglichkeit darstellen, dies zu erreichen.“ (ebd.: 441 ff.)

Gemeinsam ist diesen beiden konkurrierenden Thesen die Überlegung, dass kognitive Mobilisierung zweifelsohne in einem beachtlichen Ausmaß in westlichen Demokratien stattgefunden hat, jedoch mit unterschiedlichen Schlussfolgerungen für die Auswirkungen dieses Prozesses auf die Parteibindungen der Bürger. International vergleichende Studien scheinen aber vor allem empirische Evidenz für die Involvierungsthese zu finden. Berglund u. a. (2005) beispielsweise untersuchen die Beziehung zwischen Bildung und Parteibindungen in sechs europäischen Ländern (Dänemark, Deutschland, Niederlande, Norwegen, Schweden, Vereiniges Königreich) in einer longitudinalen Perspektive und finden wenig Unterstützung für die Mobilisierungsthese. Eher scheint der Grad der Polarisierung des Parteiensystems Auswirkungen auf die Herausbildung von Parteibindungen zu haben (ebd.). Einen ebenfalls aussagekräftigen Befund für die Involvierungsthese liefert Albright (2009). Ausgehend von der Feststellung, Dalton prüfe seine Mobilisierungstypologie nur auf der Makroebene und dies lasse keinen gültigen Schluss zu, ob kognitive Mobilisierung die Ursache für das Abschmelzen von Parteibindungen ist, reanalyisiert er unter anderem die Datensätze, die Dalton für seine Argumente genutzt hat. Eine empirische Überprüfung dieser Daten auf der Mikroebene zeigt einen positiven Effekt der kognitiven Mobilisierung auf die Parteibindung (ebd.: 256).

Für Deutschland skizzieren die empirischen Analysen auf der Mikroebene ebenso Unterstützung für die Involvierungsthese. Bei der Analyse von (monatlichen) Politbarometer-Umfragen von 1977 bis 2002 findet Arzheimer einen nicht-signifikanten Zusammenhang zwischen Bildung und Parteiidentifikation zu Beginn der

1970er Jahre und einen positiven Effekt zum Ende des Untersuchungszeitraums (2006: 799). Zu ähnlichen Befunden gelangen auch Arzheimer und Schoen (2005), die zeigen, dass Parteiidentifikation insgesamt stabil ist, unter den politisch Interessierten die Stabilität der Bindung im Zeitverlauf aber leicht höher liegt (651). Ohr/Dülmer/Quandt (2009) weisen zudem nach, dass Bildung und politisches Interesse als Elemente kognitiver Mobilisierung keinen additiven Effekt haben, sondern dass vor allem ein starkes politisches Interesse mit einer steigenden Wahrscheinlichkeit einhergeht, eine Parteibindung zu haben, und dies bei niedriger als auch bei hoher formaler Bildung (553). Schmitt-Beck/Weick/Christoph (2006) stellen weiterhin fest, dass sich die schwach politisch Interessierten und die stark Interessierten – falls sie ihre Parteibindung ändern – in ihren Wechselgewohnheiten unterscheiden: Während erstere ihre Parteibindung eher aufgeben, ohne direkt eine neue Bindung einzugehen, neigen letztere eher dazu, ihre Parteibindung direkt zu wechseln (595).

Es wäre nun plausibel anzunehmen, dass sich die Bedeutung der Parteiidentifikation über die Jahre hinweg gewandelt hat und dass speziell die Gruppe der kognitiv hoch mobilisierten Bürger ihre Parteiidentifikation inhaltlich anders deutet. Im Sinne der Mobilisierungstypologie von Dalton könnte angenommen werden, dass *kognitive Parteianhänger* ihre Verbundenheit mit einer Partei aus rationalen Gründen bzw. strategischen Überlegungen treffen und weniger aus habituellen Gründen wie bei den *rituellen Parteianhängern*. Für Deutschland unterscheidet bereits Gluchowski neben der bekannten *affektiven* Komponente der Parteiidentifikation, welche durch eine positive psychische Bindung an eine Partei gekennzeichnet ist, eine *situative*, von rationalen Überlegungen geleitete Orientierung sowie eine aus Gründen der Gewohnheit bestehende *habituelle* Parteibindung (1983: 465 ff.). Ohr/Quandt/Dülmer (2005) weisen in diesem Zusammenhang für die Bundestagswahl 2002 nach, dass kognitiv hoch mobilisierte Bürger sich nach wie vor an eine Partei binden, diese Bindung stark ist und vor allem einen affektiven Charakter hat (454). Insgesamt sprechen die Befunde – mit verschiedenen Konnotationen versehen – für die Involvierungsthese, wobei ein möglicher inhaltlicher Bedeutungswandel der Parteiidentifikation selten Gegenstand von Untersuchungen ist.

#### **4. Parteiidentifikation: Langfristig stabil – inhaltlich im Wandel?**

Die Parteiidentifikation ist wohl das bedeutendste Konzept in der empirischen Wahlforschung und im Rahmen der Wahlanalyse mittlerweile fester Bestandteil in Modellen zur Erklärung von Wahlverhalten in Deutschland.<sup>6</sup> Dabei scheint die Mo-

6 Vergleiche unter anderem Kellermann/Rattinger 2005, Adams/Merrill/Grofman 2005, Blumenstiel/Rattinger 2011 oder Schoen 2011.

bilisierungsthese Daltons im europäischen Vergleich, aber auch speziell in der Bundesrepublik, durch eine Reihe von empirischen Befunden auf der Mikroebene auf wackeligen Beinen zu stehen. Sogar das Gegenteil scheint eher zuzutreffen: Trotz oder gerade wegen der kognitiven Mobilisierung besitzen Bürger eine Parteibindung. Dealignment scheint in diesem Licht durch zunehmendes politisches Interesse und hohe Bildung eher verlangsamt als gefördert zu werden (Ohr/Dülmer/Quandt 2009: 555). Da der zur Messung der Parteiidentifikation gängige Indikator in Deutschland weitgehend inhaltlich offen formuliert ist, stellt sich vor allem die Frage nach einer theoretischen Konkretisierung des Konzepts, beispielsweise auf Grundlage der sozialen Identität (Greene 2002; Ohr/Quandt 2012), und einem möglichen Bedeutungswandel dieser Bindung für das Elektorat.

Um dieser Frage nachzugehen, wäre eine mögliche Forschungsstrategie, stärker gruppenspezifische Analysen durchzuführen. Da in modernen Demokratien eine Vielzahl an Subelektoraten existiert, die ihre Wahlentscheidung jeweils an unterschiedlichen Faktoren festmachen (Dalton 2008: 211 ff.), kann die Forderung, bei Wahlanalysen die Heterogenität des Elektorats zu berücksichtigen (Rivers 1988; Bartle 2005), auch auf die inhaltliche Ausdeutung der Parteiidentifikation übertragen werden. Die Prüfung einer solchen Heterogenitätsannahme könnte über die Identifikation und Konstruktion komplexer Gruppen von Parteiidentifizierern erreicht werden, die über Daltons Typologie hinausgeht und dabei unter anderem stärker das politische Kommunikationsverhalten in den Blick nimmt. Außerdem wären die vorgelagerten Größen der Parteiidentifikation im *funnel of causality* zu berücksichtigen. Die feldtheoretische Alternative, Parteiidentifikation als Surrogat für eine Vielzahl vorgelagerter Einflüsse anzusehen, ohne diese Beziehungen eingehender zu untersuchen, bedeutet, Parteiidentifikation inhaltlich als *black box* aufzufassen. Analysen, die verstärkt darauf abzielen, wann und wie eine Parteiidentifikation herausgebildet wird oder nicht, könnten hingegen Rückschlüsse darüber zulassen, welche Bedeutung Parteiidentifikation inhaltlich für verschiedene Subelektorate im Zeitverlauf besitzt. Hier steht die deutsche Wahlforschung erst am Anfang und hat noch vergleichsweise wenig Wissen angehäuft. Die fortwährende Weiterentwicklung des Konzepts der Parteiidentifikation wird daher auch in Zukunft eine Herausforderung für die Wahlforschung bleiben.

## Literatur

- Adams, James/Merrill, Samuel/Grofman, Bernard*, 2005: A unified theory of party competition. A cross-national analysis integrating spatial and behavioral factors, Cambridge/New York.
- Albright, Jeremy J.*, 2009: Does political knowledge erode party attachments? A review of the cognitive mobilization thesis, in: *Electoral Studies* 28, 248-260.
- Arzheimer, Kai*, 2006: "Dead men walking?" Party identification in Germany 1977-2002, in: *Electoral Studies* 25, 791-807.
- Arzheimer, Kai/Schoen, Harald*, 2005: Erste Schritte auf kaum erschlossenem Terrain. Zur Stabilität der Parteiidentifikation in Deutschland, in: *Politische Vierteljahresschrift* 46 (4), 629-654.
- Arzheimer, Kai/Schoen, Harald*, 2007: Mehr als eine Erinnerung an das 19. Jahrhundert? Das sozioökonomische und das religiös-konfessionelle Cleavage und Wahlverhalten 1994-2005, in: Hans Rattinger (Hrsg.), *Der gesamtdeutsche Wähler*, Baden-Baden, 89-112.
- Asher, Herbert B.*, 1983: Voting Behavior Research in the 1980 s: An Examination of Some Old and New Problem Areas, in: Ada W. Finifter (Hrsg.), *Political Science*, Washington D.C., 339-388.
- Bartle, John*, 2005: Homogenous Models and Heterogeneous Voters, in: *Political Studies* 53, 653-675.
- Berger, Manfred*, 1973: Parteiidentifikation in der Bundesrepublik, in: *Politische Vierteljahresschrift* 14, 215-225.
- Berger, Manfred*, 1977: Stabilität und Intensität von Parteineigung, in: *Politische Vierteljahresschrift* 18, 501-509.
- Berglund, Forde/Holmberg, Sören/Schmitt, Hermann/Thomassen, Jaques*, 2005: Party Identification and Party Choice, in: Jaques Thomassen (Hrsg.), *The European Voter*, Oxford, 105-123.
- Blumenstiel, Jan-Eric/Rattinger, Hans*, 2011: Ein Modell der Wählerentscheidung, in: Hans Rattinger/Sigrid Roßteutscher/Rüdiger Schmitt-Beck/Bernhard Weßels (Hrsg.), *Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009*, Baden-Baden, 147-153.
- Budge, Ian/Crewe, Ivor/Farlie, Dennis*, 1976: Introduction: Party Identification and Beyond, in: Ian Budge/Ivor Crewe/Dennis Farlie (Hrsg.), *Party identification and Beyond*, London/New York, 3-31.
- Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren E./Stokes, Donald E.*, 1960: *The American Voter*, New York u. a.

- Campbell, Angus/Gurin, Gerald/Miller, Warren E.*, 1954/1971: *The Voter Decides*, Westport.
- Converse, Philip E.*, 1967: The Concept of a Normal Vote, in: Angus Campbell/Philip E. Converse/Warren E. Miller/Donald E. Stokes (Hrsg.), *Elections and the Political Order*, New York u. a., 9-39 (2. Aufl.).
- Converse, Philip E.*, 1969: Of Time and Partisan Stability, in: *Political Studies* (2), 139-171.
- Dalton, Russell J.*, 1984: Cognitive Mobilization and Partisan Dealignment in Advanced Industrial Democracies, in: *The Journal of Politics* 46 (1), 264-284.
- Dalton, Russell J.*, 2007: Partisan mobilization, cognitive mobilization and the changing American electorate, in: *Electoral Studies* 26, 274-286.
- Dalton, Russell J.*, 2008: Citizen politics. Public opinion and political parties in advanced industrial democracies, Washington D.C. (5. Aufl.).
- Dalton, Russell J.*, 2012 a: *The Apartisan American. Dealignment and Changing Electoral Politics*, Thousand Oaks, California.
- Dalton, Russell J.*, 2012 b: *Apartisans and the changing German electorate*, in: *Electoral Studies* 31, 35-45.
- Dalton, Russell J./Bürklin, Wilhelm*, 2003: Wähler als Wandervögel: Dealignment and the German Voter, in: *German Politics & Society* 66 (21:4), 57-75.
- Dalton, Russell J./Wattenberg, Martin P. (Hrsg.)*, 2000: *Parties without partisans. Political change in advanced industrial democracies*, Oxford/New York.
- Debus, Marc*, 2010: Soziale Konfliktlinien und Wahlverhalten. Eine Analyse der Determinanten der Wahlabsicht bei Bundestagswahlen von 1969 bis 2009, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 62, 731-749.
- Elff, Martin/Roßteutscher, Sigrid*, 2009: Die Entwicklung sozialer Konfliktlinien in den Wahlen von 1994 bis 2005, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), *Wahlen und Wähler*, Wiesbaden, 307-327.
- Elff, Martin/Roßteutscher, Sigrid*, 2011: Stability or Decline? Class, Religion and the Vote in Germany, in: *German Politics* 20 (1), 107-127.
- Falter, Jürgen W.*, 1977: Einmal mehr: Lässt sich das Konzept der Parteiidentifikation auf deutsche Verhältnisse übertragen?, in: *Politische Vierteljahrsschrift* 18, 476-500.
- Falter, Jürgen W./Schoen, Harald/Caballero, Claudio*, 2000: Dreißig Jahre danach: Zur Validierung des Konzepts "Parteiidentifikation" in der Bundesrepublik, in: Markus Klein (Hrsg.), *50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland*, Wiesbaden, 235-271.
- Fiorina, Morris P.*, 1981: *Retrospective voting in American national elections*, New Haven.

- Fiorina, Morris P.*, 2002: Parties and Partisanship: A 40-Year Retrospective, in: *Political Behavior* 24 (2), 93-115.
- Gluchowski, Peter*, 1983: Wahlerfahrung und Parteiidentifikation. Zur Einbindung von Wählern in das Parteiensystem der Bundesrepublik, in: Hans-Dieter Klin-gemann (Hrsg.), *Wahlen und politischer System*, Opladen, 442-477.
- Green, Donald P./Palmquist, Bradley*, 1994: How Stable is Party Identification?, in: *Political Behavior* 16 (4), 437-466.
- Green, Donald P./Palmquist, Bradley/Schickler, Eric*, 2002: Partisan hearts and minds. Political parties and the social identities of voters, New Haven/London.
- Green, Donald P./Schickler, Eric*, 1993: Multiple-Measure Assessment of Party Identification, in: *Public Opinion Quarterly* 57, 503-535.
- Greene, Steven*, 2002: The Social-Psychological Measurement of Partisanship, in: *Political Behavior* 24 (3), 171-197.
- Kellermann, Charlotte*, 2008: Trends and constellations. Klassische Bestimmungs-faktoren des Wahlverhaltens bei den Bundestagswahlen 1990-2005, Baden-Ba-den.
- Kellermann, Charlotte/Rattinger, Hans*, 2005: "Round up the usual suspects". Die Bedeutung klassischer Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung bei den Bundestagswahlen 1994 bis 2002, in: Jürgen W. Falter (Hrsg.), *Wahlen und Wähler*, Wiesbaden, 189-212.
- Key, Valdimer O.*, 1942/1964: Politics, parties & pressure groups, New York (5. Aufl.).
- Kroh, Martin/Selb, Peter*, 2009: Inheritance and the Dynamics of Party Identifica-tion, in: *Political Behavior* 31, 559-574.
- Kuan, Hsin-chi/Lau, Siu-kai*, 2002: Cognitive mobilization and electoral support for the Democratic Party in Hong Kong, in: *Electoral Studies* 21, 561-582.
- Lazarsfeld, Paul F./Berelson, Bernard/Gaudet, Hazel*, 1948: The people's choice. How the voter makes up his mind in a presidential campaign, New York (2. Aufl.).
- Lewin, Kurt*, 1951: Field Theory in Social Science. Selected Theoretical Papers, New York.
- Lewis-Beck, Michael S./Jacoby, William G./Norpoth, Helmut/Weisberg, Herbert F.*, 2008: The American voter revisited, Ann Arbor.
- Markus, Gregory B./Converse, Philip E.*, 1979: A Dynamic Simultaneous Equation Model of Electoral Choice, in: *The American Political Science Review* 73 (4), 1055-1070.

- Miller, Arthur H./Miller, Warren E./Raine, Alden S./Brown Thad A., 1976: A Majority Party in Disarray: Policy Polarization in the 1972 Election, in: The American Political Science Review 70 (3), 753-778.*
- Miller, Warren E./Shanks, J. M., 1996: The new American voter, Cambridge.*
- Neudorf, Anja/Stegmüller, Daniel/Scotto, Thomas J., 2011: The individual-level Dynamics of bounded Partisanship, in: Public Opinion Quarterly 75 (3), 458-482.*
- Norpoth, Helmut, 1978: Party Identification in West Germany. Tracing an Elusive Concept, in: Comparative Political Studies 11, 36-61.*
- Norpoth, Helmut, 1984: The Making of a More Partisan Electorate in West Germany, in: British Journal of Political Science 14, 53-71.*
- Ohr, Dieter/Dülmer, Hermann/Quandt, Markus, 2009: Kognitive Mobilisierung oder nicht-kognitive De-Mobilisierung? Eine längsschnittliche Analyse der deutschen Wählerschaft für die Jahre 1976 bis 2005, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), Wahlen und Wähler, Wiesbaden, 536-558.*
- Ohr, Dieter/Quandt, Markus, 2012: Parteiidentifikation in Deutschland. Eine empirische Fundierung des Konzeptes auf Basis der Theorie Sozialer Identität, in: Rüdiger Schmitt-Beck (Hrsg.), Wählen in Deutschland, Baden-Baden, 179-202.*
- Ohr, Dieter/Quandt, Markus/Dülmer, Hermann, 2005: Zur Funktion und Bedeutung der Parteibindung für den modernen Wähler, in: Jürgen W. Falter (Hrsg.), Wahlen und Wähler, Wiesbaden, 434-458.*
- Page, Benjamin I./Jones, Calvin C., 1979: Reciprocal Effects of Policy Preferences, party Loyalties and the Vote, in: The American Political Science Review 73 (4), 1071-1089.*
- Rivers, Douglas, 1988: Heterogeneity in Models of Electoral Choice, in: American Journal of Political Science 32 (3), 737-757.*
- Rossi, Peter H., 1959: Four Landmarks in Voting Research, in: Eugene Burdick/ Arthur J. Brodbeck (Hrsg.), American Voting Behavior, Glencoe, 5-54.*
- Roßteutscher, Sigrid, 2012: Die konfessionell-religiöse Konfliktlinie zwischen Säkularisierung und Mobilisierung, in: Rüdiger Schmitt-Beck (Hrsg.), Wählen in Deutschland, Baden-Baden, 111-133.*
- Roth, Dieter, 2008: Empirische Wahlforschung. Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden, Wiesbaden (2., aktualisierte Aufl.).*
- Schmitt-Beck, Rüdiger, 2011: Parteibindungen, in: Hans Rattinger/Sigrid Roßteutscher/Rüdiger Schmitt-Beck/Bernhard Weßels (Hrsg.), Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009, Baden-Baden, 155-164.*

- Schmitt-Beck, Rüdiger/Weick, Stefan/Christoph, Bernhard*, 2006: Shaky attachments: Individual-level stability and change of partisanship among West German Voters, 1984-2001, in: European Journal of Political Research 45, 581-608.
- Schoen, Harald*, 2011: Merely a Referendum on Chancellor Merkel? Parties, Issues and Candidates in the 2009 German Federal Election, in: German Politics 20 (1), 92-106.
- Schoen, Harald/Weins, Cornelia*, 2005: Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten, in: Jürgen W. Falter (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden, 187-242.
- Schulz, Winfried*, 2012: Parteineigung, kognitive Mobilisierung und Informationsverhalten der Wähler in der neuen Medienwelt, in: Rüdiger Schmitt-Beck (Hrsg.), Wählen in Deutschland, Baden-Baden, 419-441.
- Shively, W. Phillips*, 1979: The Development of Party Identification among Adults: Exploration of a Functional Model, in: American Political Science Review 73 (4), 1039-1054.
- Thomassen, Jaques/Rosema, Martin*, 2009: Party identification revisited, in: John Bartle/Paolo Bellucci (Hrsg.), Political parties and partisanship, London, 42-59.
- Walter, Müller/Klein, Markus*, 2012: Die Klassenbasis in der Parteipräferenz des deutschen Wählers. Erosion oder Wandel?, in: Rüdiger Schmitt-Beck (Hrsg.), Wählen in Deutschland, Baden-Baden, 85-110.

Korrespondenzanschrift:

Martin Schultze, M.A.  
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf  
Institut für Sozialwissenschaften  
Lehrstuhl Politikwissenschaft II  
Universitätsstr. 1  
40225 Düsseldorf  
E-Mail: martin.schultze@uni-duesseldorf.de